

Anfragen zum Plenum am 25.2.2014 („Energiewende“)

1. Mit welcher durchschnittlichen Erhöhung der Netzentgelte müssen VerbraucherInnen rechnen, wenn Investitionen in den Netzausbau auf die Netzentgelte umgelegt werden (Angabe bitte in Cent/kWh pro Milliarde Euro Netzneubau), mit welcher durchschnittlichen Verteuerung rechnet die Staatsregierung bei einer Erdverkabelung im Vergleich zur Freilandleitung und sind diese Mehrkosten für die Staatsregierung Anlass auf die Erdverkabelung zu verzichten? (Thomas Mütze)
2. Welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung bei der geplanten Süd-Ost-Passage eine Bündelung mit bestehenden Wechselstromtrassen zu erreichen, gibt es dabei Beschränkungen aufgrund der Tatsache, dass große Abschnitte der Trasse in „Tennet-Gebiet“ verlaufen und was plant die Staatsregierung um diese Beschränkungen zu überwinden? (Ulrike Gote)
3. Wann und in welcher Form hat sich die Bayerische Staatsregierung bei den Konsultationsprozessen im Vorfeld des Bundesbedarfsplangesetzes zum Stromnetzausbau dafür eingesetzt, dass ein geringerer Braunkohleinsatz als Grundlage der Netzausbauplanungen verwendet wird und welche Initiativen plant die Staatsregierung, damit der Anteil der Stromerzeugung aus Braunkohle in Deutschland schneller abnimmt? (Markus Ganserer)
4. Wann und in welcher Form waren seit Mai 2011 Vertreter der Staatsregierung bei Informationsveranstaltungen bzw. bei Konsultationsverfahren der Übertragungsnetzbetreiber und der Bundesnetzagentur eingebunden? (Thomas Gehring)
5. Welche offiziellen Gesprächstermine gab es zwischen der Bayerischen Staatskanzlei bzw. dem Bayerischen Wirtschaftsminister mit dem Präsidenten der Bundesnetzagentur bzw. Vertretern der Übertragungsnetzbetreiber in den Jahren 2011 bis 2013 und in welchen waren die geplanten HGÜ-Leitungen kein Gesprächsthema? (Margarete Bause)

6. Warum hat sich die Bayerische Staatsregierung bei den Beratungen im Bundesrat nicht für die Möglichkeit der Erdverkabelung bei der geplanten Südost-Passage Lauchstädt-Meitingen eingesetzt und warum hat sie sich der Erklärung der Länder Baden-Württemberg, Niedersachsen und Brandenburg (Anlage 11 des Protokolls der 910. Bundesratssitzung) nicht angeschlossen bzw. dazu keine eigene Erklärung abgegeben? (Christine Kamm)
7. Hält die Staatsregierung das Verfahren der aktuellen Bedarfsermittlung für die Erstellung des Netzentwicklungsplans für transparent, was schlägt die Staatsregierung zur Verbesserung des Verfahrens vor und in welcher Form wurden diese Vorschläge eingebracht? (Katharina Schulze)
8. Ist die Staatsregierung bereit sich für – im Vergleich zur derzeitigen Rechtslage - verbesserte Klagemöglichkeiten beim Stromnetzausbau einzusetzen, gibt es bereits konkrete Vorschläge und wann wird darüber entschieden? (Sepp Dürr)
9. Bezugnehmend auf die unzureichende Antwort der Staatsregierung auf meine Anfrage zum Plenum (Landtagsdrucksache. Nr. 17/306) wiederhole ich mein Anfrage, woher die Staatsregierung die Information hat, dass die E.ON AG erwägt das Atomkraftwerk Grafenrheinfeld vor dem 31. Dezember 2015 stillzulegen, wie die Behauptung belegt wurde, dass sich der Betrieb des Reaktors nicht mehr rechnen und welche Maßnahmen die Staatsregierung plant um eine frühere Stilllegung des Atomkraftwerks Grafenrheinfeld zu verhindern? (Ludwig Hartmann)
10. Wie viele frische, wie viele teilabgebrannte und wie viele beschädigte Brennelemente lagerten zum Stichtag 13.12.2013 im Brennelementlagerbecken des Atomkraftwerks Grafenrheinfeld? (Kerstin Celina)
11. War der Staatsregierung bei der Verabschiedung des Bundesbedarfsplangesetzes im Bundesrat bekannt, dass bei der geplanten HGÜ-Leitung Südost-Passage auch Braunkohlestrom durchgeleitet würde, welche Informationen bezüglich des zu erwartenden Anteils an Braunkohlestrom bei der Durchleitung hat sie heute und hält sie es für gerechtfertigt, diese Trasse mit der Begründung der Durchleitung von Braunkohlestrom abzulehnen? (Ulli Leiner)

12. Ist die Staatsregierung gewillt die HGÜ-Leitung Süd-Ost-Passage abzulehnen sofern dort Braunkohlestrom durchgeleitet wird, wenn ja, gilt dies auch für andere Stromtrassen und gilt dies entsprechend auch, wenn Atomstrom durchgeleitet werden soll? (Jürgen Mistol)
13. An wie vielen Tagen pro Jahr (bitte aufgeschlüsselt für die Jahre 2011 bis 2013) wurden bayerische Atomkraftwerke in Ihrer Leistung gedrosselt, an wie vielen Tagen war gleichzeitig die Einspeisung der bayerischen Photovoltaik-Anlagen überdurchschnittlich hoch und an wie vielen Tagen waren gleichzeitig die Preise am Spotmarkt der Strombörse Leipzig überdurchschnittlich niedrig? (Rosi Steinberger)
14. Angesichts der Tatsache, dass im Jahr 2012, also nach der Stilllegung von acht Atomkraftwerken in Deutschland der Stromexportsaldo eine neue Rekordhöhe erreicht hat und dieser Rekordwert im Jahr 2013 erneut deutlich übertroffen wurde, in diesem Zusammenhang die Stromerzeugung aus Braunkohle in Deutschland deutlich zugenommen hat und parallel dazu die Strompreise an der Börse erheblich gesunken sind, frage ich die Staatsregierung, ob sie die Ansicht teilt, dass in Deutschland derzeit Kraftwerksüberkapazitäten vorhanden sind, und was sie unternehmen will, damit der Abbau dieser Überkapazitäten vorwiegend bei alten Braunkohlekraftwerken erfolgt und nicht bei den Gaskraftwerken? (Claudia Stamm)
15. Welche Gründe bewogen die Staatsregierung sich kurzfristig für ein neues Gaskraftwerk in Grafenrheinfeld einzusetzen, wie beurteilt die Staatsregierung die Realisierungschancen angesichts der Tatsache, dass sich die Planer ähnlicher Projekte wie die OMV in Haiming und die SWU in Leipheim bisher nicht zu einer Investitionsentscheidung durchringen konnten und welche mittelbaren und unmittelbaren Reaktionen anderer Betreiber oder Planer anderer Gaskraftwerke gab es auf die Ankündigung der Staatsregierung? (Gisela Sengl)
16. Welche Gaskraftwerke aus Bayern haben die Stilllegung bei der Bundesnetzagentur beantragt, sind der Staatsregierung Absichten von weiteren Kraftwerksstilllegungen bekannt und welche Kraftwerksstilllegungen in Bayern erwartet die Staatsregierung bis zum Jahr 2022? (Verena Osgyan)
17. Liegen der Staatsregierung Vergleiche bezüglich der Kosten des Baus der Süd-Ost-Passage mit zu erwartenden Einsparungen durch einen geringeren Umfang an Redispatch-Maßnahmen und einem geringen Umfang an Ersatzkapazitätskraftwerken in Süddeutschland vor bzw. ist die Staatsregierung bereit solche Vergleiche durch eine wissenschaftliche Untersuchung anstellen zu lassen? (Martin Stümpfig)